

Landwirte sollen auskömmlich arbeiten können

Nach Protesten: Forderungen des Kreisbauernverbands Steinburg gehen weit über Agrardiesel-Subvention hinaus

Von [Anna Krohn](#) | 19.01.2024, 17:00 Uhr



Sind sich einig, dass außer der Rücknahme der Streichung der Agrardiesel-Subvention viel mehr passieren muss, damit Landwirte ihre Betriebe weiterführen können: Die Geschäftsführerin des Kreisbauernverbands Steinburg Ida Sieh und Vorsitzender Joachim Becker. Foto: Anna Krohn

Die Bauernproteste sind offiziell zu Ende, erst einmal. Sie konzentrierten sich auf die geplante Streichung der Agrardiesel-Subvention. Doch es geht um weit mehr, und zwar nicht erst seit Jahresende – diese Dinge fordern jetzt Steinburgs Bauernverbands-Geschäftsführerin Ida Sieh und Vorsitzender Joachim Becker.

Wenn es so weitergeht wie bisher, sagt Ida Sieh, Geschäftsführerin des Kreisbauernverbands Steinburg, dann könne ein Landwirt seinen Betrieb bald gar nicht mehr wirtschaftlich führen. Und dann verbringe er noch weniger Zeit draußen, auf seinem Land oder bei seinen Tieren. Weil er schon jetzt viel zu viel Zeit am Schreibtisch aufwenden müsse, zu wenig für das eigentliche Tagesgeschäft habe – wegen der überbordenden Bürokratie. Sieh betont:

„Landwirte werden kontinuierlich mit einer Flut von Verordnungen und Erlassen überschwemmt, und dieser Missstand hat ein Ausmaß erreicht, das eine gesunde Entwicklung der Betriebe verhindert.“

Ida Sieh

Geschäftsführerin des Kreisbauernverbands Steinburg

Den Landwirten gehe förmlich die Luft aus durch die „realitätsferne, oft nur dem Selbstweck dienende Überreglementierung“. Auch deshalb seien die jüngsten Proteste notwendig gewesen. Es gibt eine Reihe von Forderungen von der 32-Jährigen und dem Vorsitzenden Joachim Becker (48) für den Kreisbauernverband Steinburg vornehmlich an die Ampel-Regierung, und zwar nicht nur die Rücknahme der Streichung der Agrardiesel-Subvention.

Beeindruckt von Ablauf und Resonanz auf die Bauernproteste in Steinburg

Auf diese blicken Becker und Sieh sehr positiv zurück. Sieh sagt: „Unsere Erwartungen an die Teilnahme wurden weit übertroffen, wir sind begeistert.“ Viele Privatpersonen und andere Gewerke hätten die Proteste unterstützt, und sie sei beeindruckt von der großen Eigeninitiative der Landwirte. Becker ergänzt: „Der Zusammenhalt im ländlichen Raum, das hat uns gepusht.“ Bei den etlichen Mahnfeuern seien Landwirte mit Verbrauchern ins direkte Gespräch gekommen, sagt Sieh. Vor allem aber müsse erwähnt werden, „wie toll es für alle Landwirte ist, wie die Bevölkerung Rückmeldung gibt“, ob mit Daumen hoch an der Straße oder gebastelten Zuspruch-Schildern. Sieh:

„Das öffnet das Herz des Bauern am meisten.“

Ida Sieh

Geschäftsführerin Kreisbauernverband Steinburg

Bauernproteste: Nicht erwartet, dass das Handwerk so stark mit einsteigt

Auch habe man nicht erwartet, dass sich das Handwerk derart stark und unterstützend beteiligt, sagt Becker. Er hat bereits seit Weihnachten, aber auch noch während und nach den Bauernprotesten, Gespräche mit Politikern geführt: Darunter die Bundestagsabgeordneten Ralf Stegner (SPD), Ingrid Nestle (Grüne) und Mark Helfrich (CDU), die Landtagsabgeordneten Oliver Kumbartzky (FDP) und Malte Krüger (Grüne, ebenfalls Kreisvorsitzender) sowie die Kreisvorsitzenden Lothar Schramm (SPD) und Tobias Rückerl (FDP). Man habe allen vor allem erklärt, welche Folgen die derzeitige Politik hat: weiteres Höfesterben.



Freuen sich, dass ein Großteil der Bevölkerung Verständnis für die Bauern aufbringt und sagen dafür danke: Ida Sieh, Geschäftsführerin des Kreisbauernverbands Steinburg, und Vorsitzender Joachim Becker. Foto: Anna Krohn

Nicht erst seit den Protesten: Das sind die Forderungen des Kreisbauernverbands

Laut Sieh muss die **Agrardieselrückvergütung** ersatzlos bestehen bleiben, „weil es sich um eine Art Lastenausgleich handelt, mit dem der Steuersatz auf einen europäischen

Durchschnittswert gesenkt wird“. Auch Becker betont, dass in anderen EU-Ländern Landwirte mit deutlich geringeren Produktionsauflagen wirtschaften könnten und eine größere Förderung hätten. „Wir haben eine EU-weite Marktverzerrung, weil woanders die Mineralölsteuer geringer ausfällt, das sorgt für ein großes Ungleichgewicht.“ Darunter leiden würden die deutschen Bauern.

Viele Forderungen, sagt Becker, bestünden schon seit Langem. Etwa die, dass die Lösungen, der **Pakt**, den die Borchert-Kommission als Expertengremium für den Umbau der Nutztierhaltung und die Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) mit den Landwirten ausgearbeitet hätten, auch umgesetzt wird, „statt dass alles, wie jetzt bei der Ampel, einfach in der Schublade verschwindet, ignoriert wird“. Es sei immerhin festgelegt worden, wie ein nachhaltiges Agrarentwicklungssystem entstehen kann. Becker:

„Aber stattdessen kamen Ordnungsrecht und Einsparungen – es wird seit Jahren nur gestrichen.“

*Joachim Becker zur Nicht-Umsetzung
des wichtigen Paktes zu nachhaltiger Agrarentwicklung*

Zudem fordere man, dass es nach den letzten Verschärfungen nicht noch weitere Einschränkungen bei **Pflanzenschutzmitteln** gibt, denn, so Sieh, „Landwirte haben schon eine so moderne Applikationstechnik, die viel Pflanzenschutz einspart“. Es gebe nunmal Bewirtschaftungsarten, die ohne nicht auskämen, „wenn beim Gemüse- oder Getreideanbau alles nur noch ökologisch erfolgen soll, dann haben wir ganz klar ein Versorgungsproblem“.

Verschärfung der Düngeverordnung führt zu weiteren Ertragsverlusten

Auch die Verschärfung der **Düngeverordnung** führe zu weiteren Ertragsverlusten, und weitere **Kürzungen bei Prämien**, die Landwirte für die Flächenbewirtschaftung erhalten, „weil sie das Land ernähren“, seien ebenso fatal wie die Tatsache, dass **vier Prozent des Ackers auf EU-Anordnung stillgelegt** werden sollen, um Klima und Artenvielfalt zu stärken – und der Bund dies unterstütze. Auch dürfe nicht weiter bei den **Zuschüssen zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung** gekürzt werden, „weil dadurch die Beiträge für die Berufsgenossenschaft schon jetzt massiv gestiegen sind“. Und das nicht angepasste **Baurecht** sorgte laut Sieh dafür, „dass zum Beispiel Offenställe kaum genehmigungsfähig sind“.

Politik bleibt untätig: Auch Wolf und Gans bleiben großes Thema

Sieh kritisiert außerdem: „Es gibt nach wie vor **kein Wolfsmanagement**. Aber das viel größere Problem bleiben unsere fast 400.000 **Nonnen- und Graugänse**, die hier nisten und erhebliche Fraßschäden auf Grün- und Ackerland anrichten“. Und zwar „mit steigender Tendenz“, wie Becker ergänzt. Und nicht zuletzt beim **Moorschutz** laufe einiges schief: In Schleswig-Holstein werde wegen des Klimas schon länger die Umnutzung und Wiedervernässung der Moore diskutiert, aber, so Sieh, „ohne sinnvolle Einbindung der Land- und Wasserwirtschaft“. Wenn, dann müsse auf Freiwilligkeit gesetzt „und nicht die Landwirte in ihrer Bewirtschaftung eingeschränkt werden“.

Sieh sagt, bei der Großdemo in Berlin sei alles in allem auch klar geworden:

„Die Politik muss sich Gedanken machen, ob es nicht das Problem gibt, dass sie sich mehr dem urbanen als dem ländlichen Raum zuwendet.“

Ida Sieh

Geschäftsführerin Kreisbauernverband Steinburg